

Sprachkultur und politische Kultur

WALTHER DIECKMANN

Vorwort: Sprachkultur und politische Kultur

Das Thema "Sprachkultur und politische Kultur" ist ein großes Thema und ein sehr anspruchsvolles dazu, zumindest für den, dem es nicht gelingen will, den Begriff der Kultur seiner werthaftern Komponenten gänzlich zu entkleiden und ihn strikt als beschreibenden Begriff für den jeweils vorfindlichen, gleichviel ob guten oder schlechten Zustand der kulturellen Angelegenheiten zu verwenden. Im Tagungsprogramm taucht dieser schwergewichtige Begriff nun auch noch verdoppelt auf, komponiert zu einer Themaformulierung, die eines großen Vortrags würdig ist, wie er anlässlich eines Festaktes in der Paulskirche oder bei einer ähnlich prominenten Gelegenheit gehalten werden könnte. – Die Tagungsbeiträge werden solche Ansprüche nicht erfüllen können.

Das Thema ist nicht nur anspruchsvoll, sondern auch schwierig zu behandeln. Das liegt zum einen daran, daß die Zusammenhänge zwischen Sprachkultur und politischer Kultur so vielfältig sind, daß die Beiträge, wenn sie nicht in irgendeiner Weise sich gemeinsam an einer Rahmenfrage orientieren, sich leicht im weiten Raum der möglichen Bezüge verlieren können. Dieser Gefahr haben die Beteiligten versucht vorzubeugen, indem sie eine solche, zumindest vage bestimmte Rahmenfrage vereinbart haben. Etwa so:

Es ist im politischen Bereich nicht ohne Grund viel von Glaubwürdigkeitsverlust, Parteienverdrossenheit, Systemmüdigkeit oder Legitimationsverfall die Rede. Diese Klagen oder Vorwürfe sind nicht unbedingt neu, auch ist das wahrgenommene Problem sicherlich nicht nur, nicht einmal in erster Linie unter dem Titel "Sprachkultur und politische Kultur" zu behandeln oder gar zu lösen. Doch hat es auch eine sprachliche und kommunikative Seite. Es ist deshalb eine berechnete Frage, ob nicht auch die Art und Weise, wie Politiker öffentlich miteinander oder zum Bürger reden, zu dem beklagten Glaubwürdigkeitsverlust beiträgt, und welche Eigenschaften politischer Rede und Kommunikation es sind, die diese Wirkung beim Bürger hervorrufen können. Eine Kultivierung der politischen Sprache hätte dann an den Eigenschaften anzusetzen, die die Analyse unter der genannten Frage als bedeutsam identifiziert hat.

Auf diese Weise wird das allgemein formulierte Thema im ersten Schritt auf die öffentlich-politische Kommunikation eingegrenzt, und es bekommt mit dem Bezug auf Begriffe wie Legitimationsverfall und Glaubwürdigkeitsverlust im zweiten Schritt zusätzlich eine besondere Zielrichtung.

Das Thema ist zum anderen auch deshalb schwierig zu behandeln, weil die Frage, ob der Wissenschaftler über die Beschreibung hinaus auch bewerten kann, darf oder gar soll, im Blick auf die Analyse der politischen Sprachkultur eine besondere Brisanz erhält. Zwar meine ich, daß die Grenze zwischen Beschreibung und Bewertung, vor allem als verdeckte Bewertung, auch bei anderen Untersuchungsgegenständen in der faktischen wissenschaftlichen Tätigkeit längst nicht so klar gezogen wird wie im theoretisch-allgemeinen Reden über das Problem; das Besondere bei den Analysen politischer Sprache ist jedoch, daß die Grenzüberschreitungen unvermeidlich einen Kläger finden, weil der Raum des Politischen wesentlich ein Raum des Strittigen ist. Dennoch halte ich wertende Aussagen in wissenschaftlichen Veröffentlichungen nicht grundsätzlich für ein Problem. Schlimmer ist es jedenfalls, wenn die Bewertungen unter dem Druck des Anspruchs rein beschreibender Rede aus dem Prädikatsteil der Äußerungen, wo sie offen zutage liegen, verschwinden und stattdessen im Referenzakt oder in den nicht ausgedrückten Prämissen verdeckt ihr Unwesen treiben. Vom Wissenschaftler zu fordern ist, daß er sich über den Status seiner Aussagen jeweils selbst im Klaren ist und daß er dem Leser, auch wenn es umständlich ist, deutlich zu erkennen gibt, welchen Anspruch er jeweils erhebt. Insbesondere sollte klar sein, wofür der Wissenschaftler seine spezifische Fachkompetenz ins Feld führt und wo dies nicht oder nur eingeschränkt der Fall ist.

Die linguistischen Beiträge von Gerhard Strauß, Gisela Zifonun und von Werner Holly geben Gelegenheit zu überprüfen, wie Linguisten, die sich in den letzten Jahren sprachkritischen Fragen zugewendet haben, mit dem Problem der Bewertung umgehen. Es sind Zeugnisse linguistischer Sprachkritik oder, wie sich zunehmend durchsetzt, "linguistisch begründeter Sprachkritik", die in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik – auf einer relativ einheitlichen sprach- und kommunikationstheoretischen Grundlage – deutlich einen neuen Anlauf genommen hat. Zusätzlich kommt mit Wolfgang Bergsdorf ein Politikwissenschaftler und Politiker zu Wort, der sich in besonderer Weise als Diskussionspartner eignet, weil er sich in zahlreichen Veröffentlichungen zu Problemen der politischen Sprache geäußert hat und mit der sprachkritischen und sprachwissenschaftlichen Literatur gründlich vertraut ist, sie allerdings nicht immer mit reinem Vergnügen und Zustimmung gelesen hat.